

nachrichten

Chinas Pläne zur Mekong-Nutzung

Kambodscha befürchtet, dass die Pläne der chinesischen Regierung zur Nutzung des Mekongs, den Wasserstand des Flusses senken und so den Fortbestand des Tonle-Sap-Sees gefährden könnten. Der See ist auf regelmäßige Überflutungen durch den Mekong angewiesen. Alle Mekong-Anrainer-Staaten in Südostasien sind seit langem über die chinesischen Pläne besorgt, den Fluss »zu verbessern«. Diese Pläne sehen unter anderem vor, den Mekong zu kanalisieren und auszubaggern, um ihn für Schiffe bis zu 500 Tonnen befahrbar zu machen. Darüber hinaus plant China mehrere Stauseen und Wasserkraftwerke am Oberlauf des Flusses.

Trotz verschiedener Abkommen und Verträge mit den Anrainerstaaten geben die chinesischen Behörden so gut wie keine Informationen über ihre genauen Pläne weiter. China weigert sich auch der *Mekong River Commission* (MRC) beizutreten und sich dort mit den anderen Staaten abzustimmen. »Eine Zusammenarbeit zwischen den Staaten an Ober- und Unterlauf des Flusses ist für alle wichtig, wenn wir eine Konfrontation in der Region vermeiden wollen«, sagte der kambodschanische Vorsitzende der Kommission Sin Niny. Mehrere Studien, die die MRC in Auftrag gegeben hat, hatten vor großen Schäden für die Umwelt sowie Probleme für die Staaten am Unterlauf des Flusses hingewiesen, sollten die Chinesen ihre Pläne umsetzen.

vgl.: *Bangkok Post*, 05.01.2003

China erkaufte sich Einfluss

Mit der großzügigen Vergabe von Hilfgeldern und technischer Unterstützung erkaufte sich China von Kambodscha die Unterstützung für seine Pläne zur Nutzung des Mekongs als internationale Wasserstraße und Energieerzeuger. Erste Baumaßnahmen zur Beseitigung von Stromschnellen und Eindeichungen haben bereits begonnen. Allein diese Maßnahmen hat Peking mit einem Kredit von 5,3 Millionen US-Dollar unterstützt. In den letzten fünf Jahren flossen rund 250 Millionen US-Dollar von Peking nach Phnom Penh. Obwohl verschiedene internationale Organisationen große soziale und Umweltschäden befürchten, sollten die chinesischen Pläne umgesetzt werden, ist Widerspruch in Kambodscha kaum zu vernehmen.

»Der chinesische Einfluss ist sehr groß«, sagt Loh Swee Ping, Direktor der größten chinesisch-sprachigen Zeitung in Kambodscha. Untrügliche Zeichen sind nicht nur der Mao Tse-Tung Boulevard in Phnom Penh, sondern auch das neue Abwassersystem, die neuen Gebäude für Parlament und Senat. Weite Teile des kambodschanischen Straßensystems,

Brücken und der Zentralmarkt in der Hauptstadt sind mit chinesischer Hilfe finanziert und gebaut worden. »Nicht zu vergessen das neue Wasserkraftwerk in der Provinz Kampong Speu, das jetzt die Stromversorgung in der Hauptstadt sichert«, meint James Borton, Korrespondent der *Washington Post*. »China hat mehrere Dutzend Schulen gebaut und gleich mit Lehrmaterialien und Lehrern ausgestattet«, heißt es in einem Bericht der Zeitung *Asia Times*. Unter diesen Umständen verwundert es nicht, dass aus den Führungsetagen um Premierminister Hun Sen kein Widerspruch gegen die chinesischen Mekong-Pläne zu hören ist. Auch König Sihanouk ist ein enger Freund Pekings. Hier verbrachte er sein Exil, als die Roten Khmer seine Heimat verwüsteten, und bis heute fliegt er regelmäßig zu Arztbesuchen in die chinesische Hauptstadt. Die Umwandlung des Mekong in eine internationale, kanalisierte Wasserstraße nach chinesischen Vorstellungen wird damit, trotz aller Bedenken, immer wahrscheinlicher.

vgl.: *Bangkok Post*, 05.01.2003

Verständigung über Stromgewinnung

Kambodscha hat sich auf einer Konferenz in Hanoi mit seinen Nachbarn Laos und Vietnam auf eine Entwicklung der Energieversorgung im Dreiländereck verständigt. Die drei Staaten setzen dabei vor allem auf die Wasserkraft des Mekong, um eine ausreichende Stromversorgung im Grenzgebiet gewährleisten zu können. Die kambodschanischen Provinzen Stung Treng und Ratanakiri sowie fünf Provinzen in den Nachbarländern haben ein geschätztes Strompotential von rund 25 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr. Der Stromverbrauch in der Region wird nach Schätzungen von Experten von 403 Millionen Kilowattstunden in Jahr 2002 auf etwa 1,6 Milliarden Kilowatt-

stunden im Jahr 2010 ansteigen. Einen Großteil der Energie wollen die drei Mekong-Anrainer mit Hilfe von Wasserkraft gewinnen. Die ersten neuen Kraftwerke sollen bereits in den kommenden Jahren gebaut werden. Der Stromverbrauch in den sieben Grenzprovinzen ist jedoch sehr unterschiedlich. Während auf vietnamesischer Seite schon rund 82 Prozent der Anwohner Zugang zum Stromnetz haben, sind es in Kambodscha erst 34 Prozent. In der Provinz Stung Treng liegt der jährliche Stromverbrauch heute bei 25 Kilowattstunden pro Kopf.

vgl.: *vnnews-1*, 6.1.2003

Kreditstopp nach Ausweisung von Beobachtern

Kambodscha riskiert die Vergabe von mehreren Millionen US-Dollar an Hilfgeldern und Krediten von Weltbank und *Internationalem Währungsfond* (IWF), nachdem es die Zusammenarbeit mit einer Umweltschutzgruppe beendet hat, die Programme gegen das illegale Abholzen von Regenwäldern überwachen sollte. Die kambodschanische Regierung informierte die internationalen Geldgeber über die Aufkündigung eines Vertrages mit den Beratern der in London ansässigen Umweltschutzgruppe *Global Witness*. Die Gruppe habe das Land beleidigt und provoziere Gewalt, hieß es zur Begründung aus Phnom Penh.

Global Witness war 1999 engagiert worden, um der Regierung bei der Ausarbeitung und Überwachung von Bestimmungen über Abholzgenehmigungen für Holzunternehmen zu helfen. In ihren Berichten hatten die Umweltschützer wiederholt Premierminister Hun Sen und andere hohe Regierungsmitglieder und Verwaltungsbeamte beschuldigt, bewusst das illegale Abholzen von Regenwald zu ignorieren und selber an den dubiosen Machenschaften der Holzkonzerne zu verdienen. Viele Firmen in der kambodschanischen Holzindustrie verfügen über enge finanzielle oder familiäre Verbindungen zu den Entscheidungsträgern in Phnom Penh. Weltbank und IWF hatten die weitere Vergabe von Krediten auch davon abhängig gemacht, dass Kambodscha einen Plan zur nachhaltigen und umweltverträglichen Bewirtschaftung seiner Regenwälder vorlegt. Unternehmen und Regierung waren diesen Forderungen nur sehr zögerlich nachgekommen und Fristen für eine öffentliche Vorstellung der Pläne wurden nicht eingehalten.

vgl.: www.ft.com, 07.01.2003

Neue Gespräche über Gerichtsverfahren

Nach rund einem Jahr haben sich Vertreter der Vereinten Nationen und Kambodschas in New York getroffen, um die Verhandlungen über ein Gerichtsverfahren zur Aufklärung der Verbrechen unter dem Rote-Khmer-Regime wieder aufzunehmen. »Wir sind bereits weit gekommen. Weit genug, um jedem unseren guten Willen zu zeigen«, sagte Sok An, Berater des kambodschanischen Premierministers Hun Sen, in einer Gesprächspause. Die dreistündige Konferenz war das erste Zusammentreffen beider Seiten, nachdem die UNO sich vor rund einem Jahr aus allen Gesprächen zurückgezogen hatte. Die kambodschanische Regierung bemühe sich nicht ernsthaft genug, ein Verfahren nach internationalen Standards durchführen zu wollen, lautete die Begründung für den Rückzug. Unter diesen Umständen könnten keine fairen Verfahren garantiert werden. Der kambodschanische Premier Hun Sen begrüßte die Wiederaufnahme der Gespräche und meinte, ein solches Verfahren sei unverzichtbar, um die Verbrechen des Rote-Khmer-Regimes aufzuklären. »Wegen der unglaublichen Leiden unseres Volkes kann den Roten Khmer nicht vergeben werden. Die Verfahren werden Gerechtigkeit bringen. Sie sind unvermeidbar«, sagte der Premier. Menschenrechtsgruppen warnten davor, dass das kambodschanische Rechtssystem schwach sei und großem politischen Druck ausgesetzt sei. Bislang sitzen erst zwei hohe Funktionäre der Roten Khmer in Untersuchungshaft und warten auf ihren Prozess.

vgl.: www.camnews.org,
07.01.2003

Tribunal »wird die Welt schocken«

Der ehemalige oberste Militärkommandant der Roten Khmer, Ta Mok, hat davor gewarnt, dass ein Gerichtsverfahren gegen alte Führungsmitglieder der Roten Khmer »die Welt schocken werde«. Der 74-jährige, der unter dem Namen »The Butcher« für den Tod von rund 1,7 Millionen Menschen mitverantwortlich gemacht wird und der seit drei Jahren in einem Gefängnis in Phnom Penh auf einen Prozess wartet, erklärte, dass ein solches Verfahren sehr peinlich für den Westen werde. »Es waren die Westmächte, die uns in unserem Kurs und in unserer Arbeit unterstützten. Einen großen Teil unserer Arbeit konnten wir nur

mit Unterstützung aus dem Westen durchführen.« Die Vereinten Nationen hatten den Roten Khmer gestattet, den Sitz Kambodschas bei den Vereinten Nationen einzunehmen. Historiker sind sich einig, dass vor dem Hintergrund des Kalten Krieges den USA und anderen Westmächten das Khmer-Regime im Kampf gegen Vietnam nützlich erschien. »Es war die Hochzeit des Kalten Krieges damals. Es ist nicht so einfach herauszufinden, wer Recht und wer Unrecht hatte«, meint dazu Kao Kim Hourn, Direktor des kambodschanischen Institutes für Kooperation und Frieden.

vgl.: Reuters, 23.12.2002

Bombenfund vor ASEAN-Treffen

In der Stadt Siem Reap wurden drei Männer bei dem Versuch festgenommen, Sprengsätze in der Nähe eines Hotels zu platzieren, in dem ein Treffen von Ministern der ASEAN-Staaten stattfinden sollte. Eine Spezialeinheit der kambodschanischen Polizei entschärfte die drei mit jeweils einem Kilo TNT gefüllten Explosionskörper. Der stellvertretende Polizeipräsident der Provinz, Lach Savin, sagte, die Bomben seien in zwei Mülleimern in 500 Metern Entfernung vom Tagungsort deponiert gewesen. »Eine Explosion wäre einer Katastrophe gleichgekommen und hätte ein schlechtes Bild auf Kambod-

scha als Gastgeber für das ASEAN-Treffen geworfen«, erklärte er. »Es gibt bislang noch kein Motiv. Aber der Fall wird natürlich untersucht.« Ein anderer kambodschanischer Behördenvertreter meinte, er habe keinen Zweifel, dass es sich bei den Bomben um einen Terroranschlag handele. Der Mann wollte jedoch anonym bleiben. Wie es aus Polizeikreisen verlautete, sind bereits zwei Tatverdächtige im Alter von 20 bis 30 Jahren festgenommen worden. Man sei auf der Suche nach zwei weiteren Tatbeteiligten. Alle Verdächtigen stammen aus der Region Siem Reap.

vgl.: Bangkok Post, 17.12.2002

Lebenslang für Khmer-Kommandant

Ein ehemaliger Befehlshaber der Roten Khmer ist wegen Entführung und Ermordung von drei Touristen zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Damit ist der 70-jährige Sam Bith der erste Khmer-Kommandant, der von einem Gericht verurteilt wurde. Richter Sok Sethamony sah es als erwiesen an, dass Sam Bith die Befehle zu Entführung und Ermordung des Engländers Mark Slater, des Franzosen Jean Michel Braquet und des Australiers David Wilson gegeben hat. »Sam Bith hat alle wichtigen Befehle zu diesem Verbrechen selbst gegeben. Er

war es, der sich Planung und Durchführung der Entführung überlegt hat«, sagte Sok Sethamony in der Urteilsbegründung. Rund ein Dutzend Kambodschaner starben 1994 bei dem Überfall auf den Zug, in dem auch die drei Touristen saßen. Die drei Ausländer wurden anschließend entführt und später ermordet, nachdem Regierungstruppen das Lager der Sam-Bith-Truppen angriffen. Zwei weitere Kommandanten wurden bereits zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt.

vgl.: www.cambodiatoday.com.kh,
23.12.2002

nachrichten

Protestler gewaltsam vertrieben

Kambodschanische Sicherheitskräfte haben mit massiver Gewalt eine Demonstration von Umweltschützern in Phnom Penh aufgelöst. Nach Berichten der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hatten die Umweltaktivisten friedlich gegen das illegale Abholzen von Regenwald in Kambodscha protestiert. »Internationale Hilfsorganisationen und Geldgeber sollten Druck auf Kambodscha ausüben, Menschenrechte und das Demonstrationsrecht einzuhalten«, sagte Mike Jendrzeyczyk, Direktor der Asien-Abteilung bei Human Rights Watch. Kambodschanische Polizei und paramilitärische Einheiten hatten eine friedliche Protestveranstaltung von Dorfvertretern aus verschiedenen Provinzen vor dem Forstministerium mit Gewalt aufgelöst. Die Demonstranten wurden eingekesselt und mit Elektroschockgeräten traktiert. Elf Personen wurden verletzt, ein Mann erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen. Das Forstministerium hatte hinter verschlossenen Türen die neue Vergabe von Abholzungslizenzen für Holzunternehmen beschlossen. Die Dorfvertreter forderten, dass diese Entscheidungen in einer öffentlichen Debatte getroffen werden sollten. Sie befürchteten, dass nun das großflächige, illegale Abholzen von Regenwäldern weitergeht.

vgl.: hrw-news-asia, 24.12.2002